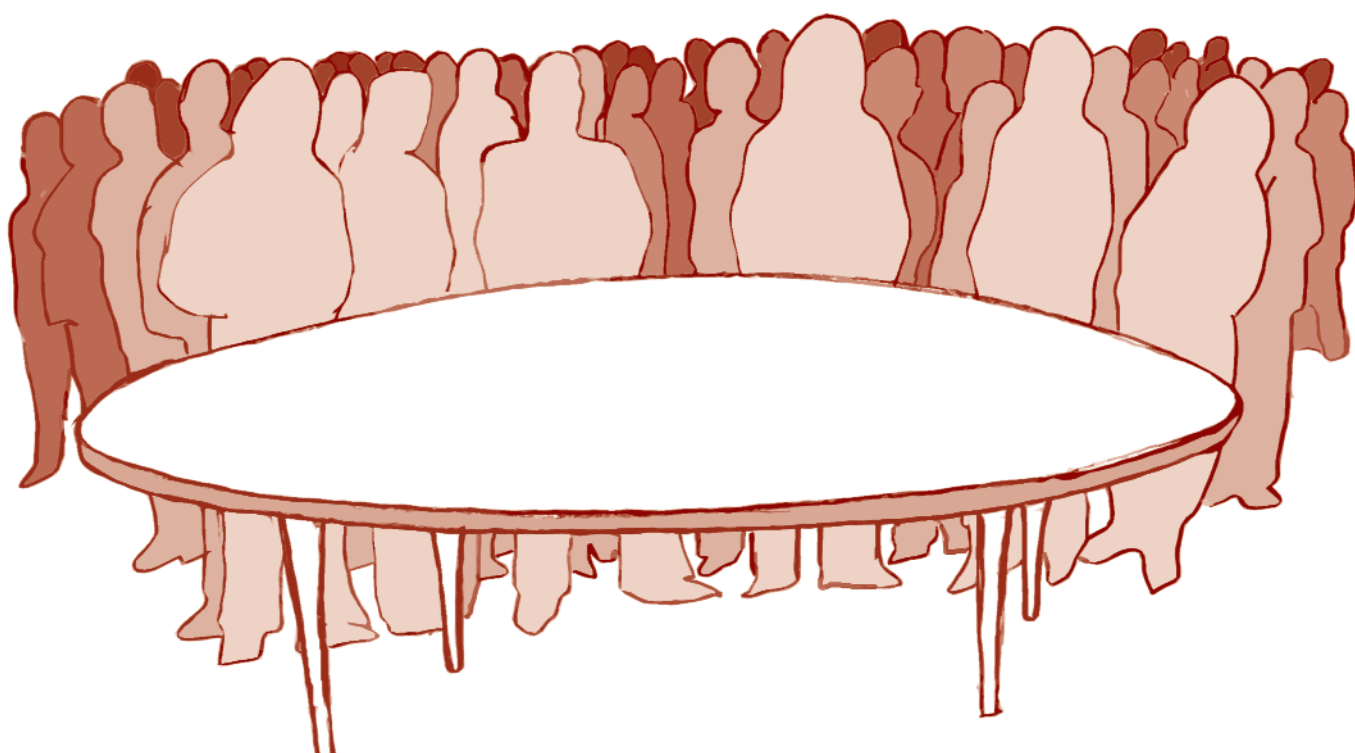


# Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2002



*erstellt von*  
Carola Schaaf-Derichs  
Barbara Weigl  
Olivia Grudzinski  
*Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin*

**Treffpunkt  
Hilfsbereitschaft**  
Die Berliner Freiwilligenagentur



## **Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2002**

Einleitung: Der Sinn der Runden Tische	Seite 3
Die Methodik der Runden Tische	Seite 7
Erster Runder Tisch (Jugend)	Seite 10
Zweiter Runder Tisch (Wirtschaft)	Seite 17
Dritter Runder Tisch (Enquete-Kommission)	Seite 24
Vierter Runder Tisch (Anerkennung)	Seite 33
Auswertung der Runden Tische in Kurzform	Seite 40

Hrsg.: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Die Berliner Freiwilligenagentur

Torstrasse 231, 10115 Berlin

FON: 030 - 20 45 06 36

FAX: 030 - 20 45 05 69

E-MAIL: [freiwilligenagentur@snafu.de](mailto:freiwilligenagentur@snafu.de)

Beiträge von:

Olivia Grudzinski

Carola Schaaf-Derichs

Barbara Weigl

Satz/Layout: Team X'n friends/Marcus Mazzoni

Lektorat: Susanne Fechner

Gefördert von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und  
Verbraucherschutz Berlin

Erscheint als Printversion und als pdf-Datei. Bitte anfragen.

## Einleitung

### 1. Der Sinn der Runden Tische

Mitte des Jahres 2000 fand auf Einladung des Treffpunkt Hilfsbereitschaft eine Gruppe von über 130 verschiedenen Freiwilligenorganisationen in Berlin anlässlich des Internationalen Jahres der Freiwilligen zusammen. Neben der Planung und Koordinierung eines gemeinsamen Veranstaltungsprogrammes war ein Thema schon sehr deutlich: „Wir wollen Forderungen an die Politik stellen!“. Diese Forderungen, so wurde bei einer ersten großen Runde mit über einhundert Engagierten am 02.02.2001 deutlich, waren zum Teil schon an die 30 Jahre alt, mithin nicht wirklich Neuigkeiten, sondern Notwendigkeiten für die Entstehung und Erhaltung von förderlichen Rahmenbedingungen für freiwillig und ehrenamtlich Engagierte in Berlin.

Die damalige Staatssekretärin für Soziales, Frau Junge-Reyer, kam bei dieser Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr in Berlin einer ersten Forderung unmittelbar und mit Interesse nach. Sie ermöglichte im Rahmen einer Förderung die Entwicklung der von uns vorgeschlagenen „Runden Tische“ für das laufende Jahr.

Ziel sollte sein, die verschiedenen Forderungen und offenen Fragestellungen zur Unterstützung Freiwilligen Engagements in Berlin mit Fachleuten aus der Praxis, Vertreterinnen und Vertretern aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Senatsverwaltung für Soziales fachlich und inhaltlich vertieft zu bearbeiten. Am Ende des Jahres wurde eine Prüfung und Bewertung der Machbarkeit der herausgearbeiteten Punkte und Faktoren unternommen und diese Ergebnisse der „Vollversammlung“ aller Interessierten aus Praxis, Verwaltung und Politik wieder vorgestellt.<sup>1</sup>

Die Arbeit, die in diesem ersten Jahr der Runden Tische von den über 80 beteiligten Expertinnen und Experten geleistet wurde, zeigte konzentrierte, fachkompetente und aussagekräftige Ergebnisse, wie sie von den Aktiven der Runden Tische allein so wahrscheinlich nicht zu erhalten gewesen wären. Insbesondere fiel auf, dass die Zusammenarbeit aller an einem jeweils neu zusammengestellten Runden Tisch zu gegenseitiger Wertschätzung und einer partnerschaftlichen Redekultur führte.

Ein Spezifikum der Berliner Runden Tische ist insofern bereits jetzt, dass die beteiligten Abgeordneten freiwillig in einem „Ehrenamt“ fungierten: sie wurden zu je einem der Themenbereiche als „Patin“ oder „Pate“ ernannt. Diese Funktion bedeutete die Gastgeberschaft im Berliner Abgeordnetenhaus, so dass die Arbeit der Runden Tische unmittelbar neben den Stätten der Berliner Politikarbeit angesiedelt war. Dieses Kulturelement aus der internationalen Freiwilligenarbeit hat dazu beigetragen, dass im Laufe der letzten zwei Jahre der Arbeit der Runden Tische ein besonderer Stellenwert im Aufgaben- und Politik-Bereich bürgerschaftlichen Engagements beigemessen wurde.

Im Jahr 2002 konnte die Arbeit der Runden Tische für weitere vier Themen mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Soziales fortgesetzt werden. Aufbauend auf den Erkenntnissen und Forderungen des vergangenen Jahres entstanden die im Folgenden aufgeführten Runden Tische 2002.

## **Runde Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2002**

### *Erster Runder Tisch*

Thema: Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im Freiwilligen Engagement anbieten

28. August 2002

*Pate: Rainer-Michael Lehmann, Mda/FDP*

### *Zweiter Runder Tisch:*

Thema: Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Freiwilligem Engagement stärken

02. Oktober 2002

*Pate: Gregor Hoffmann, Mda/CDU*

### *Dritter Runder Tisch*

Thema: Bewertung der Ergebnisse der Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements auf Landesebene Berlin

13. November 2002

*Patin: Ülker Radziwill, Mda/SPD*

### *Vierter Runder Tisch:*

Thema: Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen

11. Dezember 2002

*Patin: Minka Dott, Mda/PDS*

*Mit im Patenkreis engagiert: Elfi Jantzen, Mda/Bündnis 90/Die Grünen*

Die Runden Tische des Jahres 2002 waren von Anfang an mit noch mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Engagierten, ihrer Vereine, Verbände und Initiativen bedacht. Aber auch das Echo aus den Reihen der Abgeordneten aller im Berliner Parlament vertretenen Fraktionen stellte sich von Anfang an auf einem sehr hohen Niveau ein: bei den vier Veranstaltungen der Runden Tische waren jeweils fast alle Patinnen und Paten vertreten, d.h. auch die der jeweils anderen Runden Tische, so dass am Jahresende auch interfraktionell ein sehr intensiver und förderlicher Austausch fest zu stellen war. Diese Weiterentwicklungen der Runden Tische führten schließlich dazu, dass sie in verschiedenen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses (Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Migration, Ausschuss für Inneres) erwähnt und im Rahmen einer Anhörung als Lernort thematisiert wurden.

Die Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin stellen kein Gremium dar, sondern sind eine moderne demokratische Form eines neuen Bürger-Politiker-Dialoges und damit ein Instrument für eine lebendige, vernetzte Bürgergesellschaft. Sie wirken – wie beabsichtigt – kathartisch auf die mitunter brach liegende Kommunikationskultur zwischen den gesellschaftlichen Akteuren der Bürgergesellschaft: Engagierte, Freiwilligenorganisationen, Politiker, Verwaltung und Wirtschaft. Sie sollten in diesem Sinne als eine erste, vorweg genommene Konsequenz aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements<sup>2</sup> verstanden werden.

Die Runden Tische bedeuten auf der Ebene der Landespolitik Berlins das Wahrnehmen und Aufgreifen der Koalitionsvereinbarungen der Regierungsparteien SPD und PDS aus dem Jahr 2001, in denen es heißt:

*„Das von der UNO deklarierte Jahr der Freiwilligen 2001 hat deutlich gemacht, mit wie viel Begeisterung Menschen sich freiwillig engagieren und ehrenamtliche Arbeit leisten. Der Senat wird deshalb auch weiterhin dieses ehrenamtliche Engagement nach Kräften weiter fördern und unterstützen. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission der Bundesregierung und die Erfahrungen in Berlin im Jahr des Ehrenamtes zum Bürgerschaftlichen Engagement werden zeitnah bewertet und ggf. umgesetzt. Dazu erstellt Berlin zur Mitte der Legislaturperiode einen Ehrenamtsbericht.*

*Bürgerschaftliches Engagement braucht Rahmenbedingungen und eine Infrastruktur, um sich entfalten zu können. Der Senat wird deshalb alle Bemühungen unterstützen, die in diesem Jahr begonnenen Maßnahmen und Initiativen in den nächsten Jahren fortzuführen. Berliner Unternehmer sind aufgefordert, die Bereitschaft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bürgerschaftlichem Engagement zu erhöhen.<sup>3</sup>“*

Der parallel zu den Runden Tischen arbeitende Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin (AK FEB) hat sich in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Soziales am 14. 05.2002 auf die fachlich-inhaltliche Begleitung der Berichtslegung zum oben erwähnten Ehrenamtsbericht verständigt. In einer weiteren Sitzung am 22.01.2003 konnte zu diesem Zweck bereits eine erste gemeinsame Sitzung zwischen Senatsverwaltung und AK FEB im zweiten Quartal 2003 anvisiert werden.

Der bestehende erste Teil des „Ehrenamtsberichts“<sup>4</sup> spiegelt gleichfalls eine Fülle der Forderungen und Erkenntnisse der Runden Tische wider, ebenso wie die im Internationalen Jahr der Freiwilligen entfaltenen Aktivitäten und Kampagnen<sup>5</sup>.

Es bleibt insgesamt festzustellen, dass nicht nur das Berliner Parlament, die verschiedenen Senatsstellen, vielfältige Freiwilligenorganisationen, sondern auch Vertreter der engagierten Berliner Wirtschaft durch die Runden Tische zu einer neuen Form des Austausches und der Zusammenarbeit gefunden haben.

1. (Vergl. „Machbarkeitsstudie“: Dokumentation und Auswertung der Runden Tische zum Freiwilligen Engagement in Berlin im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, Hrsg.: Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Berlin)
2. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag. Bericht: Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Leske + Budrich, Opladen 2002.
3. Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und PDS 2001 – 2006, Stand 7.1.02, 18:00 Uhr, S. 67 (14. Soziales)
4. Abgeordnetenhaus von Berlin, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/247: Bürgergesellschaft stärken – freiwilliges Engagement unterstützen – Drs Nr. 14/1374
5. („Berliner-Freiwilligen-Tag“: Dokumentationen zum Ersten (2001) und Zweiten Berliner-Freiwilligen-Tag (2002) erhältlich beim Treffpunkt Hilfsbereitschaft

## 2. Die Methodik der Runden Tische

*Dem oben dargestellten Sinn der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin entsprechend, haben die Beteiligten vor allem die Möglichkeit, sich über ein vorab ausgewähltes Fachthema<sup>1</sup> aus dem Sektor des Bürgerschaftlichen Engagements auszutauschen. Es sollen unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Forderungen sachlich und nachvollziehbar dargelegt und den Ausführungen der anderen Beteiligten inhaltlich und aus einem bürgergesellschaftlichen Blickwinkel gefolgt werden können.*



Offene Fragen oder Widersprüche in Inhalt, Verständnis und Position sollen zwischen den Beteiligten wahrgenommen, diskutiert und klar gestellt werden können. Es geht in letzter Hinsicht nicht um Einigungsprozesse mit dem Ziel einer gemeinsamen und einheitlichen Sicht der Dinge. Vielmehr sollen die Runden Tische die Pluralität von sachlichen Themen und Fragen im Bereich Freiwilligen Engagements dokumentieren, in Austausch bringen und Erfahrungen sowie Forderungen über den Rand der eigenen Organisation hinaus ermöglichen.

Um diesen Austausch- Vertiefungs- und Verständigungsprozess zu ermöglichen, hat sich der Treffpunkt Hilfsbereitschaft um eine externe Recherche und Themenerarbeitung durch freie Mitarbeiterinnen mit einschlägigen Kenntnissen aus dem jeweiligen Feld bemüht. Frau Barbara Weigl hatte bereits im Jahr 2001 die Runden Tische mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft gestartet und konnte erneut für das Jahr 2002 gewonnen werden. Für das Thema „Wirtschaft und Freiwilliges Engagement“ konnte der Treffpunkt Frau Olivia Grudzinski gewinnen, die als Betriebswirtin in und mit Wirtschaftsunternehmen gearbeitet hat, andererseits auch das Thema Freiwilliges Engagement gut kennt.

*In der Veranstalter- und Moderationsrolle für alle Runden Tische stand der Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Gemäß seinem Leitbild und seiner Rolle, hatte der Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Freiwilligenagentur des Landes Berlin „...in besonderem Maße Verantwortung für die Entwicklung und Gestaltung des Themas freiwilliges Engagement und seiner modernen Infrastruktur<sup>2</sup>“ übernommen. Dies bedeutete auch, eine partnerschaftliche, unhierarchische und zugleich sachorientierte Redekultur einzuführen und dauerhaft zu unterstützen.*

<sup>1</sup> Die Themen der Runden Tische 2002 wurden im Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin am 14.05.2002 abgestimmt.

<sup>2</sup> Zitiert aus dem Leitbild des Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Qualitätshandbuch, Stand August 2000

Unter anderem weisen die Runden Tische folgende Regeln der Zusammenstellung und der Gesprächsleitung auf:

*Die Auswahl der Beteiligten richtet sich nach dem Fachthema und der einschlägigen Kompetenz der Personen dazu*

*Alle Beteiligten werden zu einer freiwilligen Mitarbeit angefragt, es gibt keine Verpflichtung qua Amt oder Funktion*

*Die Beteiligten werden von der Koordinatorin des Runden Tisches zur Fragestellung vorinformiert und fachspezifische Anfragen an sie werden schon beim telefonischen Erstkontakt übermittelt (Telefonisches Briefing)*

*Die endgültige Zusage der Beteiligten bewirkt die Erstellung der Teilnehmer-Liste, die Name und Organisation ausweist. Diese wird im Vorfeld verschickt, damit erübrigt sich eine zeitraubende Vorstellungsrunde am Runden Tisch*

*Die Eröffnung des jeweiligen Runden Tisches sieht meist aus wie folgt:*

- Begrüßung
- Vorstellung des Themas, der Fragestellung(en), des Erkenntnisinteresses
- Informationen zum Zeitrahmen und der Themenabfolge
- Begrüßung durch die Patin bzw. den Paten aus dem Abgeordnetenhaus
- Einführung ins Thema durch die Koordinatorin, d.h. Präsentation von Recherche-Ergebnissen, Auszügen aus Studien und Berichten
- Übergabe des Wortes an die Beteiligten des Runden Tisches für die jeweiligen Statements
- bei drei-stündigen Sitzungen wird eine kurze Pause eingelegt (nach ca. 1,5 Stunden)
- Abschließende Zusammenfassung durch die Moderatorin
- Abschlußwort der Patin bzw. des Paten
- Verabschiedung, Ankündigung des nächsten Runden Tisches

*Gesprächsregeln:*

- Sprechende ausreden lassen
- bei längeren Beiträgen auf Zeit (ca. 5 Min. pro Person) hinweisen
- Ruhige, konzentrierte Atmosphäre unterstützen
- auftretende Störungen sofort klären oder ansprechen (Raumbedingungen, Lautstärke, Zeitdauer, Missverständnisse...)



*Moderationsverhalten:*

- Regeln im Bedarfsfalle einführen oder darauf hinweisen
- Mögliche Dialoge in der Gruppe zum Gruppenthema machen
- Genügend Zeit und Ruhe für die Statements für alle ermöglichen
- Herausheben von Diskussionspunkten und offenen Fragen, diese an die Runde zurück geben
- Pointieren von eingebrachten Informationen in Zusammenfassungen
- „Ruhigere“ Beteiligte ermuntern
- Verantwortung bei den Beteiligten lassen, diese eher deutlich machen, nachfragen
- die verschiedenen Blickwinkel der drei Akteursgruppen, Engagement-Vertreter/innen, Politiker/innen, Verwaltungsvertreter/innen immer wieder thematisieren und in Verbindung bringen, nachfragen nach verschiedenen Blickwinkeln und Meinungen

Alle Gespräche an den Runden Tischen 2002 konnten aufgezeichnet werden und aus diesen O-Tönen haben die Koordinatorinnen den im folgenden wiedergegebenen Inhalt als Exzerpt der Arbeit der Runden Tische zusammen gestellt.

*1 Die Themen der Runden Tische 2002 wurden im Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin am 14.05.2002 abgestimmt.*

*2 Zitiert aus dem Leitbild des Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Qualitätshandbuch, Stand August 2000*

## **Erster Runder Tisch**

zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

## **Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im freiwilligen Engagement anbieten**



Patenschaft: Reiner-Michael Lehmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, FDP-Fraktion

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 28. August 2002, 16:00 bis 18:30 Uhr

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Projektkoordination: Barbara Weigl

Teilnehmer/innen: siehe Anlage 1a

Am 28. August 2002 fand der „erste Runde Tisch“ zum Thema: Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im freiwilligen Engagement anbieten, statt.

Dank der freundlichen Einladung von Herrn Rainer-Michael Lehmann, sozial-politischer Sprecher der FDP-Fraktion, der als Pate dieses „Runden Tisches“ zur Verfügung stand, konnte die Diskussionsrunde im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden.

Die anwesenden Experten/innen kamen aus den Reihen der Jugendverbände, des Landesschulamtes, von Schulprojekten, des Arbeitskreises Berliner Senioren und der Berliner Bürgerstiftung. Sehr erfreulich war die Teilnahme von einigen Schüler-innen und Schülern, des Max-Planck-Gymnasiums, die im Frühjahr einen „sozialen Tag“ an ihrer Schule initiiert hatten. Herr Spindler, Vertreter der Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Frau Weigl als Koordinatorin sowie Frau Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Moderatorin der Veranstaltung waren ebenfalls zu gegen.

### ***Einführung und Rückblick***

Zu Beginn der Diskussion gab Frau Weigl einen Überblick über bestehende Nachweise und Zertifizierungsmodelle des Freiwilligen Engagements für junge Menschen in Deutschland. Hierzu zählen die JuleiCa (JugendleiterCard), der Qualipass, die Euro Skill Card und auf Antrag einen Vermerk auf einem Zusatzblatt in Schulzeugnissen. (s. Anlage 1b)

### ***3.2. Schulischer Bereich des Freiwilligen Engagements***

Nele Jahnke und andere Schüler/innen des Max-Planck-Gymnasiums berichteten, wie sie im letzten Schuljahr einen „sozialen Tag“ an ihrer Schule durchgeführt haben. Die Idee stammte aus dem Projekt „Schüler helfen leben“, das in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg flächendeckend seit mehreren Jahren durchgeführt wird. Dabei kommt das durch freiwillig geleistete Arbeit der Schülerinnen und Schüler verdiente Geld, Schulen im Kosovo und Serbien zugute. Frau Jahnke gab zu bedenken, dass sie wenig Unterstützung durch die Lehrerschaft ihres Gymnasiums bekommen habe, sich aber trotzdem ca. 400-500 Schülerinnen und Schüler beteiligt hätten.

Es gab dabei viele ungeklärte Fragen, wie z.B. die des Versicherungsschutzes der Mitmachenden, woher logistisches Equipment zu bekommen sei, der fehlenden finanziellen Unterstützung durch die Schule oder das Berliner Schulamt. Frau Jahnke äußerte sich zuversichtlich, dass diese Aktionen auch an Berliner Schulen ausbaubar seien.

Schwierig sei dabei das Thema des Unterrichtsausfalls für Freiwilliges Engagement, das von seiten der Eltern und des Schulamtes kritisch bewertet werde. Herr Nitschke vom Landesschulamt machte deutlich, dass der Unterrichtsausfall von derzeit 3% wenig Spielräume biete. Unterrichtsausfall für soziales Engagement werde jedoch als entschuldigtes Fehlen akzeptiert.

Er betonte, dass Berlin im „Nach-Pisa-Schock“ stehe. Eine Gleichwertigkeit von sozialem Engagement und schulischem Lernen sei wieder in die Ferne gerückt. Ein Zurückfahren von Angeboten des sozialen Engagements sei zu erwarten, so dass nur die standardisierten Lernformen gefördert würden. Die Regelung des Zusatzblattes für Freiwilliges Engagement in den Schulzeugnissen werde nach seinen Worten von den Schülerinnen und Schülern zunehmend nachgefragt.

### *3.3. Schulmediation*

Schulmediation als Beispiel für systematisches Lernen von sozialer Kompetenz durch Konfliktbewältigung wurde von der Schulmediatorin Frau Höch-Corona vorgestellt. Bei der Einführung von Mediation in der Schule sei zu beachten, dass dies ein Schulentwicklungsprozess der ganzen Schule sein müsse. Die Anwendung der Mediationspraxis durch die Schüler/innen sei von Erfolgserlebnissen gekennzeichnet und diene der praktischen Anwendung in der Schule und in der Freizeit. Zertifikate für Schüler/innen als Anerkennung seien sehr wichtig und würden bereits an die Schülermediatoren vergeben.

### *3.4. Zusammenarbeit von Schulen und externen Projekten*

Herr Syska, Lehrer an der Riesengebirgs-Oberschule in Schöneberg berichtet, dass seine Schule derzeit ein Projekt im Bereich „Service-Learning“ plane. Unter Service-Learning sei eine Verknüpfung von Schule und externen Projekten zu verstehen. Er hebt hervor, dass es für die Schülerinnen und Schüler darum ginge zu verstehen, was ihnen das Engagement bringe. Andererseits fühlen sich die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Schulverwaltung von externen Aktionen anfänglich überfordert. Trotz dieser Gefahr favorisierte er die Kooperation schulischer und außerschulischer Bereiche als einen unverzichtbaren Bestandteil des lebensweltlichen Lernens.

Frau Gregull, Vertreterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA), berichtet von Beispielen externer Schulprojekte, die die RAA begleitet hat. Dazu gehöre ebenfalls Service-Learning an Schulen. Erreicht werden soll damit insbesondere die Förderung der sozialen Kompetenz und das Kennen lernen neuer sozialer Umwelten der Schüler/innen.

Das Engagement von Jugendlichen aus Jugendclubs wird von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung als Projekt „Jugend und

Gemeinwesen“ in Berlin unterstützt. Entscheidend für eine effektive Arbeit ist die Reflektion des Engagements mit den Jugendlichen.

Frau Gregull plädierte für einen einheitlichen Nachweis über das Engagement von Jugendlichen, der von öffentlichen Stellen anerkannt werden müsse.

Herr Koch, Vertreter des Landesjugendring Berlin, provozierte mit seiner These, dass Ehrenamt nicht gleichgesetzt werden dürfe mit „wir helfen anderen, insbesondere Schwächeren“. In der Jugendarbeit sei der Hauptaspekt das eigenverantwortliche, pädagogische Arbeiten. Die Motivation der Jugendlichen sei eine eigennützige in der ehrenamtlichen Arbeit. Herr Koch plädierte dafür, den eigenverantwortlichen Zugriff auf Räume, Geräte, Equipment für Jugendliche leichter zu ermöglichen.

### *3.5. Engagementangebote im kulturellen Bereich*

Ein relativ neues Projekt wurde von Frau Preiß vorgestellt. Erst seit diesem Jahr gibt es in Berlin 12 Projektplätze für „Rein ins Leben“, ein Jahr in Kulturprojekten, für Jugendliche im Alter von 16-27 Jahren. Die intensive Begleitung der Jugendlichen während des Einsatzes sei sehr wichtig, betonte Frau Preiß.

Die Nachfrage sei derzeit viel größer als das Angebot, man müsse auswählen, welche Jugendlichen einen Platz bekämen. Derzeit kommen auf einen Platz zehn Bewerbungen. Die Engagementbereitschaft bei Jugendlichen sei sehr groß.

Frau Preiß skizzierte ihre Qualitätskriterien, die sie an die Kooperationsprojekte stelle.

Die Jugendlichen bekommen nach erfolgreichem Abschluß ein Zertifikat mit drei Angaben zum Engagement:

- 1. Wo war der Jugendliche tätig/ in welchem Bereich war das Engagement? Projektbeschreibung durch den Jugendlichen*
- 2. Welche Qualifikationen hat der Jugendliche erworben?  
(Schlüsselqualifikationen und spezifische Kompetenzbereiche)*
- 3. Welche Aufgaben hat er/sie außerhalb des Projektes bearbeitet?*

Projekt- und Service-Learning seien für das soziale Lernen prädestiniert und müsse nach Worten von Frau Preiß in der Folge der Pisa-Studienergebnisse nachhaltig verstärkt werden.

### *3.6. Engagementangebote im Sportbereich*

Frau Herczeg, Vertreterin der Sportjugend Berlin, stellte heraus, wie wichtig es sei, die Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr in das Ehrenamt zu bringen. Als Beispiel der Förderung von sozialer Kompetenz benannte sie das Beispiel: „Superteam“ aus dem Sportbereich. Kennen lernen von Gruppensituationen, die als Grundlage für ehrenamtliches Engagement unverzichtbar seien. Sport diene als Medium, das Jugendlichen soziale Kompetenz vermittele.

### *3.7. Generationsübergreifende Projekte*

Generationsübergreifende Projekte am Beispiel der „ZeitZeugenBörse“, des „Theaters der Erfahrung“ und des Projektes „Senior Partner in School“ wurden als wichtige Modelle des intergenerativen Lernens vorgestellt. Entscheidend sei dabei der Vorbildcharakter der Älteren in Bezug auf Engagement und die Freude und Bereicherung, die es alten und jungen Akteuren mache, sich im Rahmen ihrer Fähigkeiten zu engagieren.

### *3.8. Nachweise/Zertifikate*

Von mehreren Teilnehmern/innen wurde gefordert, dass Zertifizierungen, insbesondere für jüngere, freiwillig Aktive mit dem Angebot des konstruktiven Feedback verknüpft werden solle. Um eine höhere Akzeptanz dieser Nachweise/ Zertifikate zu erreichen, sollen Sozial- und Wirtschaftsvertreter an einen Tisch zu geladen werden, um mit ihnen gemeinsam einen Nachweis/ Zertifikatsentwurf zu erarbeiten.

Ein positiver Effekt durch den Nachweis bei Bewerbungen wäre dann ein starkes Anreizargument, sich für den/das Nachweis/Zertifikat zu engagieren.

Herr Nitschke sprach sich dafür aus, das soziale Engagement der Schüler/innen stärker in die schriftlichen Beurteilungen der Schulzeugnisse aufzunehmen.

### *3.9. Lernziele*

Zusammenfassend aus der Diskussion kann man folgende Lernziele, benennen, die durch das freiwillige soziale Engagement von Jugendlichen gefördert werden:

- Soziale Kompetenz
- Abbau von Vorurteilen
- Gewaltprävention
- Erhöhung des Selbstvertrauens und der Selbstwirksamkeit der Engagierten Selbstorganisation
- Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- Wichtigkeit des Vorbildes für freiwilliges Engagement durch Eltern, Lehrer und Bezugspersonen

### 3.10. Resümee

- Zertifizierung und Nachweise über Freiwilliges Engagement von Jugendlichen sind wichtige Instrumente, um Freiwilligenarbeit zu dokumentieren, anzuerkennen und um als Anreizfunktion zu dienen.
- Die Idee eines berlinweit einheitlichen Nachweises/Zertifikates konnte bei den Teilnehmer/innen des Runden Tisches keine Einvernehmlichkeit gewinnen. Es wurde dafür plädiert, dass das ausstellende Projekt bzw. die Institution in der Gestaltung der Nachweise autonom bleiben soll.
- Die große Bedeutung des Freiwilligen Engagements für das soziale und gemeinsinnorientierte Lernen für Jugendliche und junge Erwachsene ist von allen Teilnehmer/innen betont worden. Zahlreiche Beispiele belegen, dass sich Jugendliche in verschiedenen Bereichen bürgerschaftlich engagieren. Nichtsdestotrotz muß die Schaffung von Engagementangeboten im schulischen Bereich, im außerschulischen und in der Verknüpfung beider Sphären weitergehen.
- Insbesondere muß die Eigeninitiative von Jugendlichen, wie sie am Beispiel des „sozialen Tages“ zu erkennen ist, dringend unterstützt und anerkannt werden. Das bedeutet, dass zukünftig die Rahmenbedingungen für die freiwillig/ ehrenamtliche Tätigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessert werden müssen.
- Es gilt, unbürokratische und flexible Fördermöglichkeiten bereit zu stellen, wenn sich Jugendliche sozial engagieren wollen. Entscheidend ist es, Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene zu entwickeln, die zeitlich, räumlich und inhaltlich den Vorstellungen und Wünschen der jungen Freiwilligen entsprechen. Um die Freiwilligenarbeit auch in diesem Bereich weiter zu entwickeln, wäre es notwendig, gemeinsame Qualitätskriterien zu erstellen, die als Arbeitsgrundlage für die Anbieter von Engagementprojekten dienen können.

### 3.11. Weiterführenden Informationen zum Thema im Internet unter:

[www.sozialertag.de](http://www.sozialertag.de)

[www.juleica.de](http://www.juleica.de)

[www.freiwillig.de](http://www.freiwillig.de)

[www.webforum-jugend.de](http://www.webforum-jugend.de)

[www.fkj.de](http://www.fkj.de)

## Anlage 1a

### Teilnehmerliste Erster Runder Tisch

Frau Bieck	Schülerin der Max-Planck-Oberschule Berlin
Frau Bittner	Projektleiterin des Theaters der Erfahrung e.V.
Frau Gregull	Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, RAA Berlin
Frau Herczeg	Leiterin der Bildungsstätte der Sportjugend Berlin
Frau Höch-Corona	Schulmediatorin, Mediationsbüro Mediation und Mehr
Frau Jahnke	Schülerin der Erich-Fried-Oberschule Berlin
Herr Koch	Ev. Jugendarbeit Berlin, Landesjugendring Berlin
Herr Krause	Schüler der Max-Planck-Oberschule Berlin
Herr Lehmann	MdA, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Herr Nitschke	Landesschulamt Berlin, Abt. LAS II Q5
Frau Pop	MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Preiß	Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung
Frau Richter	Vorsitzende des Senior Partner in School e.V.
Frau Seldte	Vorsitzende der ZeitZeugenBörse
Herr Spindler	Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Herr Syska	Lehrer, Riesengebirgs-Oberschule Berlin
Herr Werth	Schüler der Max-Planck-Oberschule Berlin
Frau Weißbecker	MdA, SPD-Fraktion
Frau Winkler	Vorsitzende der Bürgerstiftung Berlin

#### Moderation:

Frau Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

#### Koordination:

Frau Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

## Anlage 1b

### Zertifizierungsmodelle für Jugendliche - eine Übersicht

1. Juleica - Jugendleiter-Card – Landesjugenverbände/ringe
2. Zertifikat für ehrenamtliche Tätigkeit der Landeshauptstadt Hannover
3. *Qualipass* – entwickelt von der Freudenberg Stiftung GmbH und dem Ministerium für Arbeit und Bau und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mecklenburg-Vorpommern  
*Qualipass* entwickelt von der Freudenberg Stiftung GmbH und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg  
*Qualipass* der Regionalen Jugendinitiative Badische Bergstrasse in Zusammenarbeit mit der Freudenberg Stiftung GmbH
4. Dokumentation des freiwilligen Engagements im Schulzeugnis
5. Zertifikat im Rahmen des Freiwilligen-, Sozialen-, Ökologischen-, und Kulturellen Jahres sowie im Freiwilligenjahr im Sportbereich
6. Europäische Zertifizierungsmodelle: EuroPass, Personal Skills Card

#### *Ziele der Nachweise/Zertifikate:*

- Stärkung der öffentlichen Anerkennung des Freiwilligen Engagements
- Dokumentation des Ortes, der Art und Dauer der geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit
- Dokumentation und Anerkennung der in der freiwilligen Tätigkeit durch Fort- und Weiterbildung und informell erworbenen Qualifikationen
- Dokumentation und Anerkennung von Teilqualifikationen im Rahmen des Bildungssystems
- Feedback und Reflektion der gewonnenen Erfahrungen während des freiwilligen Einsatzes
- Verbesserung der Bewerbungschancen im Hinblick auf Ausbildungs- und Berufsperspektiven der freiwillig Aktiven
- Dokumentation der freiwilligen Arbeit für steuerliche Entlastung oder andere Aufwandsentschädigungen



Zweiter Runder Tisch  
zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

## Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Freiwilligem Engagement stärken

Patenschaft: Gregor Hoffmann, Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin,  
stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 2. Oktober 2002, 16:00 bis 18:30 Uhr

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Projektkoordination: Olivia Grudzinski, freie Mitarbeiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Teilnehmer/innen: siehe Anlage Nr. 2a



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Politik, Wirtschaft, gemeinnützigen Einrichtungen und Verbänden. Sie repräsentierten somit alle relevanten Interessengruppen. Dank der freundlichen Einladung von Herrn Hoffmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion, fand der zweite Runde Tisch im Abgeordnetenhaus statt.

Zielsetzung:

Mit den Expertinnen und Experten des zweiten Runden Tisches 2002 sollten Möglichkeiten diskutiert werden, wie die Verbindung zwischen Wirtschaft und Freiwilligem Engagement gestärkt werden kann, welche Schwierigkeiten und Hindernisse noch bestehen und welche Lösungsvorschläge es hierfür bereits gibt.

Dies geschah anhand konkreter Projekte, die die Teilnehmer/innen aus dem Bereich des ‚Corporate Citizenship‘ vorstellten, die gleichzeitig als Einstieg in die Diskussion dienten. Eine Zusammenfassung einer empirischen Untersuchung zum Engagement mittelständischer und Großunternehmen ist als Anlage Nr. 2-2 beigefügt.

Verlauf:

Carola Schaaf-Derichs begrüßte die Teilnehmer/innen zum zweiten Runden Tisch 2002. Sie übergab das Wort an den Paten, Herrn Gregor Hoffmann. Herr Hoffmann eröffnete die Diskussion, indem er Fragen aufwarf, wie das gesellschaftliche Engagement eine bessere Würdigung erfahren kann und welche Anreize hierfür geschaffen werden können. Ihm war die Diskussion im Zusammenhang der Wirtschaft und des Ehrenamtes in Bezug auf den Beruf ebenso wichtig wie auch die Rolle des Ehrenamtes in den Schulen.

(In der folgenden Zusammenfassung wurden die Aussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Überschriften gebündelt. Auf die Wiedergabe einzelner Redebeiträge wurde verzichtet.)

\*Unter dem Begriff  
‘Corporate Citizenship‘ wird  
hier wohltätiges  
Engagement von  
Unternehmen verstanden.

#### *4.1. Freiwilliges Engagement und Unternehmen*

Die Teilnehmer/innen stimmten grundsätzlich darin überein, dass eine hohe Bereitschaft zum freiwilligen Engagement bei den Bürger/innen und bei den Unternehmen existiert.

Was auf Unternehmensseite noch fehlt, ist eine ähnlich ausgerichtete Einstellung zum Thema Freiwilliges Engagement in der Bundesrepublik. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden von Unternehmen unterschiedlich bewertet. Sie werden sowohl begrüßt und unterstützt als auch abgelehnt und behindert nicht zuletzt durch existierende Meinungsbilder wie: „ehrenamtliches Engagement ist nicht gewünscht, da es die Konzentration auf den Job gefährdet“.

Weit verbreitet ist die Unterstützung sozialer Organisationen und Initiativen in Form von Geldmitteln. Dies ist gegenwärtig der einfachste Weg für die Unternehmen und auch für die sozialen Einrichtungen. Denn es mangelt an Aktivitäten bzw. Projekten, die eher auf eine mittel- bis langfristige Verbindung zwischen Wirtschaft und sozialem Sektor zielen.

Bei den Unternehmen ist das Engagement eng an deren Leitbilder und/oder die Einstellung der Leitungsebene geknüpft.

#### *4.2. Welche Hindernisse beziehungsweise welche Schwierigkeiten gibt es?*

Bei der Frage nach Hindernissen und Schwierigkeiten führten Unternehmen unter anderem einen hohen Personalaufwand an. Als Beispiel wurde das Schülerprojekt der BVG genannt.

Dem gegenüber stehen angebotene freiwillige Dienste und die Vermittlung von Freiwilligen, die zu wenig oder gar nicht in Anspruch genommen werden. Dies machte deutlich, dass Mängel beim Informationsaustausch und Probleme an den Schnittstellen bestehen.

Es fehlt an Voraussetzungen für praktikable Konzepte. Initiativen scheitern an bürokratischen Hürden. Rahmenbedingungen auf der politischen Ebene müssen verändert werden, um zur Entbürokratisierung beizutragen. Öffentliche Finanzierungswege müssen vereinfacht werden.

Es gibt weder Standardisierungen noch Qualitätssicherungsmethoden, die den Unternehmen die Umsetzung ihres Engagements erleichtern.

Zusätzlich zur Schaffung dieser praktischen Voraussetzungen ist auch weiterhin Überzeugungsarbeit zu leisten. Es gilt, herrschende Vorurteile abzubauen, die freiwillig Engagierte als Konkurrenz und mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen sehen. Weit verbreitet ist auch die Einstellung, eigennützige Motive im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement seien negativ.

### *4.3. Diskutierte Lösungsansätze*

Das Thema Eigennutz darf nicht tabuisiert werden. Vielmehr sollten die jeweiligen Vorteile für Unternehmen als auch für gemeinnützige Einrichtungen besser herausgearbeitet und kommuniziert werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass Eigeninteressen berechtigt und förderlich für die Arbeit mit Freiwilligen und freiwilligen Initiativen sind.

Unterschiedliche Interessen/Motive könnten in Form von Patenschaften zusammengebracht werden, um sich gegenseitig zu bereichern.

Freiwilliges Engagement sollte innerhalb der Unternehmen mehr oder überhaupt bekannt gemacht werden. Es sollte mehr Akzeptanz und Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeiten geben, zum Beispiel in Form von Freistellungen für freiwilliges Engagement. Auch die Vielfalt freiwilliger Tätigkeiten sollte Berücksichtigung finden.

Es ist erwiesen, dass Menschen, die sich bereits als Jugendliche freiwillig engagiert haben, dies in den meisten Fällen auch später fortführen. Schüler sind zum Teil fasziniert von freiwilligem Engagement, dies sollte konstruktiv aufgegriffen werden.

Die bestehenden Freiwilligen-Projekte müssen besser in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Auch die Rolle der Medien ist in diesem Zusammenhang zu überdenken. Wollen sie eine Ware verkaufen oder eine Wertedebatte mit Engagement unterstützen?

Unternehmen sollten ihre Werte und Leitbilder kritisch hinterfragen.

Ein wichtiger Schritt ist die Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz. Hier helfen Projekte wie ‚start social‘, ‚Gesicht zeigen‘ etc.

#### *4.4. Ideensammlung zur konkreten Umsetzung*

Mehr Austausch und gegenseitige Information zwischen Wirtschaft und sozialem Bereich bis hin zu einer ‚Freiwilligen-Personalbörse‘ im Berliner Raum. Hierin sollten bürgerschaftlich Engagierte sortiert nach Kompetenzbereichen vorgestellt werden.

Herausgabe einer „Freiwilligen-Bewerbungs-Zeitung“, die regelmäßig an öffentliche Verwaltungen und Unternehmen geschickt wird.

Schaffung eines Internetportals.

Pauschalfreibeträge für Steuern als eine Forderung an alle Fraktionen, die es immer wieder einzubringen gilt.

Bekanntmachung des Engagements innerhalb der Unternehmen, damit es zu Anerkennung und Wertschätzung kommt.

Orientierung an Programmen und Ansätzen wie es sie zum Beispiel in Großbritannien mit ‚business in the community‘ oder ‚seeing is believing‘ gibt. Manager werden eingeladen, sich Brennpunkte anzusehen, schildern ihre Eindrücke und machen Vorschläge zur Problembewältigung. Motivation wird durch die direkte Konfrontation erzeugt und Bedarfe werden zusammengeführt.

Ein anderes Beispiel ist der in Großbritannien existierende ‚First Corporate Responsibility Index‘. Dieser spiegelt das Engagement der Unternehmen wieder und schafft durch die Öffentlichkeitsbildung einen gewissen Druck. Es sollten Mittlerorganisationen gefunden werden, die Kompetenzen in beiden Bereichen haben.

Es muss herausgearbeitet werden, welche Unternehmen in Berlin überhaupt ein Interesse haben, sich zu engagieren oder sich dafür zu öffnen. Ein Forum für engagierte Unternehmen, wie es bereits in anderen Städten existiert, sollte etabliert werden. Eine Voraussetzung hierfür wäre die Einbindung der IHK in Berlin.

## Anlage 2a

### Teilnehmerliste

Zweiter Runder Tisch 2. Oktober 2002

Christiane Biedermann

Dr. Stefan Nährlich	Aktive Bürgerschaft e. V.
Stefanie Rüth	Bank für Sozialwirtschaft AG
Elfi Jantzen	MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Hans Schimmelpfennig	BVG Fahrschule
Gregor Hoffmann	MdA, CDU-Fraktion
Konrad Müller	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg
Ulrike Hinney	Die Hilfsbereitschaft e.V.
Dr. Larissa van Look	Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF)
Reiner-Michael Lehmann	MdA, FDP-Fraktion
Felix Dresewski	Unternehmen: Partner der Jugend
Dr. Peter-Rudolf Zotl	PDS-Fraktion
Dr. Uwe Gluntz	Personal Contract
Helga Waschnauer	Senioren Experten Service
Jürgen Bayer	Siemens AG Berlin
Ülker Radziwill	MdA, SPD-Fraktion
Sylke Freudenthal	Stiftung Vivendi Universal
Carola Schaaf-Derichs	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Olivia Grudzinski	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Dr. Christian Ramthun	Wirtschaftswoche
Thomas Kegel	Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (Gast)
Irmgild Hey	Aufwind e.V. (Gast)
Eva-Maria Wilke	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg (Gast)
Christiane Richter	Seniorpartner in School e.V. (Gast)
Günter Kühn	Consulting für Sozial- und Bildungsprojekte (Gast)
Klaus Baumgarten	Senior Experten Service Berlin-Brandenburg (Gast)

## Anlage 2b

*Dies ist die Zusammenfassung einer Studie von Reinhard Clemens und Frank Maaß für das Institut für Mittelstandsforschung Bonn<sup>1</sup>, die in einer empirischen Untersuchung herausgearbeitet haben wie und womit sich mittelständische und Großunternehmen engagieren. Ebenso zeigen sie auf, wo die Unterschiede im Engagement zwischen Mittel- und Großunternehmen liegen und wie deren damit verfolgte Ziele und Strategien aussehen.*

*Die Untersuchung stützt sich auf eine Umfrage, die sich an 4.000 Unternehmen richtete und folgende Zahlen ergab:*

- 4 von 5 Unternehmen engagieren sich für wohltätige Zwecke (82,4 %) bei Kleinstunternehmen immerhin noch 80,6 %

*Warum engagieren sich Unternehmen?*

- Sie sehen es als eine Investition in ihr gesellschaftliches Umfeld und somit eine Sicherung der Grundlagen ihrer eigenen Existenz
- Sie wollen einen Beitrag zum Abbau gesellschaftlicher Probleme leisten
- Sie wollen das soziale Umfeld weiterentwickeln  
Corporate Citizenship oder Corporate Social Responsibility ist also weder bloße Großzügigkeit noch ein rein wirtschaftlicher Akt.

*Welche Ziele verfolgen die Unternehmen?*

- Öffentlichkeitsbezogene Ziele stehen über personalpolitischen und kundenbezogenen Zielen.
- Imagepflege 78,9 %
- die Intention gesellschaftliche Verantwortung zu dokumentieren 71,9%
- Verbesserung des Unternehmerbildes ist ebenfalls ein wichtiges Ziel
- personalpolitische Ziele 58,8 %
- kundenbezogene Ziele 52,6 %
- persönliche Ziele der Führungspersonen 46,5 %

Die Ziele unterscheiden sich ebenfalls bei den Groß-, Klein- und mittelständischen Unternehmen. Während Großunternehmen personalpolitische Ziele wie Motivation, Bindung der Mitarbeiter oder die eigene Darstellung als attraktiver Arbeitgeber im Vordergrund sehen, sind es bei kleinen und mittelständischen Unternehmen eher absatzbezogene Ziele wie Produktwerbung oder Verbesserung der Kundenbeziehungen.

<sup>1</sup> Vgl. R. Clemens, F. Maaß, Corporate Citizenship – Das Unternehmen als 'guter Bürger', Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 94 NF, 2002, ISBN 3-8244-7665-7, 42,90 oder unter [www.ifm-bonn.org/ergebnis/94nf.htm](http://www.ifm-bonn.org/ergebnis/94nf.htm)

### *Wie engagieren sich Unternehmen?*

- häufigstes Mittel sind Geldspenden 94,3 %
- Schenkungen (materielle Betriebsmittel oder Produkte des Unternehmens) 83,3 %
- kostenlose Dienste (Lehrstellenangebot oder kostenlose Schulungen) 76,3 %
- Mitarbeiterfreistellungen 57 %
- persönliches Engagement von Führungspersonen 53,5 %
- Gestattungen zu Nutzungen 45,6 %
- Gründung von Stiftungen 14,9 %

Weiterhin engagieren sich die Unternehmer oder Führungspersonen selbst durch öffentliche Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen oder sie beteiligen sich aktiv an Diskussionsforen. Auch gibt es ehrenamtliche Betätigungen der Unternehmer selbst, diese ist bei Unternehmern höher als bei angestellten Managern. Die Formen des Sponsorings sind eher informeller Natur als vertragsbasiert. Bei 70 % der Unternehmen fügt sich Corporate Citizenship als ein Baustein im Rahmen ihrer strategischen Ziele ein.

### *In welchen Bereichen findet das Engagement statt?*

- sozialer Bereich 86,7 %
- Kultur und Bildung 76 %
- Sport 65,8 %
- Wissenschaft 42,2 %
- Umwelt 31,1 %

### *Wie viel wird für Corporate Citizenship investiert?*

Im Durchschnitt ein Anteil von 0,07 % des Jahresumsatzes. Der größte Teil entfällt auf finanzielle Zuwendungen.

### *Wie engagieren sich Unternehmen bezogen auf ihre Unternehmensgröße?*

- Kleine und mittlere Unternehmen bis maximal 99 Mitarbeiter geben in Relation zum Umsatz rund drei Mal mehr für Corporate Citizenship aus als größere Unternehmen.
- Insgesamt tragen mittelständische Unternehmen zum gesamten Unterstützungsbetrag zwar ,nur' 13 % bei aber in Relation zu den am Umsatz gemessenen Leistungen ist der Mittelstand besonders engagiert.

Dritter Runder Tisch  
zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

## **Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ für die Landes- und die kommunale Ebene in Berlin**



Patenschaft: Frau Ülker Radziwill, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, SPD-Fraktion  
Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft  
Ort: Berliner Abgeordnetenhaus  
Datum: 13. November 2002, 16:00 bis 18:30 Uhr  
Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft  
Projektkoordination: Barbara Weigl  
Teilnehmer/innen: siehe Anlage 3a

Am 13. November 2002 fand der dritte Runde Tisch statt zum Thema: Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ für die Landes- und die kommunale Ebene in Berlin. Dank der freundlichen Einladung von Frau Ülker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die als Patin dieses Runden Tisches zur Verfügung stand, konnte die Diskussionsrunde im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden.

Die anwesenden Experten/innen kamen aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände, des Arbeitskreises Berliner Senioren und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA), Vertreter/innen der Berliner Sozialverwaltung und anderer berlinweiter Organisation und Vereine aus dem Freiwilligenbereich. Frau Schaaf-Derichs moderierte die Diskussion. Das Thema zog zahlreiche interessierte Zuhörer/innen an, so dass der vorgesehene Raum voll besetzt war.

### *5.1. Statement zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission von Dr. Speth*

Nach den einführenden Worten von Frau Radziwill wies Frau Weißbecker (MdA, SPD-Fraktion) darauf hin, dass die Frage der praktischen Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission im Sinne der Nachhaltigkeit diskutiert werden müsse. Herr Dr. Speth, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sekretariat der o.g. Enquetekommission gab im Anschluss einen Überblick über die interne Debatte zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission. Herr Dr. Speth wies darauf hin, dass für die Verbreitung und Diskussion des Berichtes keine Mittel bereitgestellt werden. Daher seien Veranstaltungen, wie dieser Runde Tisch zu Fragen des Freiwilligen Engagements in Berlin, der die Diskussion des Berichtes aufgenommen hat, sehr wichtig. Weiter führte er aus, dass es das Anliegen des Berichtes sei, aus dem weichen Thema Bürgerschaftliches Engagement ein "hartes" zu machen, insbesondere im Finanzbereich.



### *5.1.1 Allgemeine Ergebnisse des Enqueteberichts*

*Folgende Punkte erläuterte Dr. Speth als konkrete Handlungsempfehlungen des Enqueteberichtes:*

Es solle eine Kommission beim Deutschen Bundestag eingerichtet werden, die die laufende Gesetzgebung überprüfe, ob diese engagementförderlich oder ver hindernd ist. Dafür ist ein Netzwerk von bundesweit agierenden Organisationen aus dem Bereich Bürgerschaftliches Engagement/ Freiwilligenarbeit in Gründung.

Geplant ist die Einrichtung einer Kommission zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes und einer Arbeitsgruppe im Bundesministerium Frauen, Senioren, Familie und Jugend zur Frage des Gemeinnützigkeitsstatus von Freiwilligenagenturen und Selbsthilfegruppen. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung von unabhängigen Schiedsstellen, um Rechtsfragen in diesen Fällen zu klären.

Im Steuerrecht soll die Anpassung der Besteuerungsfreigrenze auf 4000 Euro erhöht werden.

Im Spendenrecht solle eine Gleichbehandlung von Spenden- und Mitgliedsbeiträgen festgesetzt werden sowie die Umstellung von Gefährdungshaftung auf Verschuldenshaftung bei Spenden.

Im Zuwendungsrecht soll eine Informations- und Beratungspflicht der Zuwendungsgeber eingeführt werden sowie die Reformierung der Mittelübertragung und Anerkennung von Bürgerschaftlichem Engagement als Eigenanteil.

*(Anm. Dr. Speth: Dies sei für kleinere Vereine extrem wichtig. Das Thema wurde von der Enquete-Kommission heftig diskutiert und ein Informationsfreiheitsgesetz empfohlen.)*

Für den Versicherungsschutz soll in alle bestehenden Haftpflichtverträge Freiwilligenarbeit mitaufgenommen werden. Bei der Unfallversicherung ist es schwieriger diese auszudehnen, da die Versicherungswirtschaft dies für zu kostenaufwendig erachtet.

Ein Aufwendungsersatz soll bis zu 300 Euro steuerfrei anerkannt werden.

Die Öffnung von Institutionen für Bürgerschaftliches Engagement betreffe insbesondere kommunale Verwaltungen, dies wird als langfristige Aufgabe angesehen. Man müsse die Mitarbeiter/innen in der öffentlichen Verwaltung schulen und auch eine neue Ausbildungs- und Vergütungsverordnung erstellen. Langfristig ist Kunden- und Bürgerfreundlichkeit das Ziel der Öffnung.

Der Bereich Schule ist, neben der Familie der Ort an dem Bürgerschaftliches Engagement erlernt wird. Ziel ist es daher, mehr Freiräume den Schulen zu ermöglichen, um ein eigenes Profil zu entwickeln und den Schülern/innen für Eigeninitiativen mehr Mitspracherecht zu gewähren. Die Schulen sollen stärker in das lokale Umfeld (Gemeinwesen) eingebettet werden.

### *5.1.2 Sozialstaatliche Dimension der Empfehlungen*

Bürgerschaftliches Engagement solle auch in den Kernbereichen, nicht nur in den Nebenbereichen sozialer Projekte und Institutionen etabliert werden

Infrastruktureinrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements sollen gefördert werden, d.h. dass durch Mittel von Bund, Ländern und der kommunalen Ebene Freiwilligenagenturen und Selbsthilfeeinrichtungen nachhaltige etabliert werden sollen. Diese neuen Strukturen dienen neuen Motivationslagen und Haltungen der Engagierten, die auch kurzfristigeres Engagement ermöglichen sollen.

Über die Diskussion zum Thema Infrastruktureinrichtungen berichtete Dr. Speth, dass auf der kommunalen Ebene das Finanzierungsproblem liege, da die Kommunen zu wenig Zuwendungen über Bundesmittel erhielten.

In der Frage: Welchen Staat brauche eine Bürgergesellschaft? – wurde das Spektrum zwischen dem „ermöglichenden Staat“ und dem „aktivierenden Staat“ diskutiert. Letzterer Begriff aus der Sozialstaatsdiskussion wurde als unpassend für eine Bürgergesellschaft verworfen, da die Kräfte der Selbstorganisation, Selbstverantwortung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gefragt sind. Im Sinne von Willi Brandt gelte der Leitspruch: „Mehr Demokratie wagen“  
Alle Enquetemitglieder waren sich darin einig, dass Bürgerschaftliches Engagement als Thema „gehärtet“ werden müsse, um nicht mehr auf ein Nebengleis abgeschoben zu werden.

Die Beantwortung der Frage: Wie kann eine bürgerfreundliche Verwaltung aussehen, ist nur in den Grundlinien vorgegeben worden. Die konkrete Umsetzung in Verbindung mit einer wirkungsvollen Verwaltungsreform ist erfolgsentscheidend.

## **5.2. Die Diskussion**

*Nach den Ausführungen von Dr. Speth wurde die Diskussion entlang folgender Themen entwickelt:*

### *5.2.1 Statements zur Relevanz der Enqueteergebnisse für die Verbände*

*Für den Landesverband Berlin der Volkssolidarität wurde die Situation zur Entwicklung der Freiwilligenarbeit wie folgt dargestellt:*

Die Anforderungen an die Freiwilligen und Hauptamtlichen seien identisch, die Entwicklung von Stellenbeschreibungen sei in der Planung. Eine Öffnung des Verbandes nach innen und außen sei notwendig, oft gebe es traditionell entwickelte Aufgaben, Differenzierung in lang- und kurzfristige Aufgaben werde angestrebt. Angestrebt werde mehr Flexibilität in den zeitlichen und aufgabenbezogenen Angeboten und für alle Zielgruppen nach Alter und Interesse bei gemeinnützigen Aufgaben.

Um die Konkurrenz zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen abzumildern, sollen Stellenbeschreibungen für alle Angebote erarbeitet werden, da die Einsatzmöglichkeiten sehr vielfältig seien. Dabei spiele die klare Abgrenzung zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Aufgabenbereichen eine entscheidende Rolle.

Die Volkssolidarität fordere die Änderung des Zuwendungsrechtes. Die Träger würden keine Eigenmittel einsetzen, da sie dann wieder in der Gesamtzuwendung abgezogen werden. Es wurde die These formuliert, dass sich jeder Euro, der in Freiwilligenarbeit investiert werde, potenziere.

*Die Frauenbeauftragte des Landesverbandes im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg berichtete, dass sich das Diakonische Werk den Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarfen der Ehrenamtlichen angenommen habe, sie sehe dies aber auch als Gradwanderung zwischen professioneller Arbeit und Freiwilligenarbeit.*

*Die Referentin für Ehrenamtlichenarbeit im Caritas Verband bekannte, dass bisher noch keine umsetzungsrelevanten Punkte aus dem Enquetebericht für den Verband entwickelt wurden.*

Sie betonte, dass der Einbezug des Managements entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung von ehrenamtlich/freiwilliger Arbeit in einer/m Organisation/Verein sei.

Schulungen für den Managementbereich seien unerlässlich, um den Stellenwert der Freiwilligenarbeit voran zu bringen.

*Der stellvertretende Geschäftsführer des DPWV stellte die Grundsatzfrage in den Raum: „wie könne eine soziale Grundversorgung zukünftig aussehen?“ Die soziale Vollversorgung sei vom Staat nicht leistbar, betonte er. Daher müsse insbesondere die gemeinwesenorientierten Kräfte und die Selbsthilfepotentiale der Gesellschaft, ebenso wie die der Unternehmen, Handwerker, Wohnungsbaugesellschaften etc. gefordert werden und nicht nur der soziale Bereich. Zu beachten sei auch, dass professionelle Arbeit u.U. ehrenamtlich/freiwilliges Engagement be- bis hin zu verhindern.*

Die Entwicklung zur Fachlichkeit von sozialer Arbeit sei in den letzten Jahren vorangeschritten. Er rege eine Überprüfung der Weichenstellung an, hin zu mehr Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements. Die soziale Landschaft in Berlin sei nicht genügend vernetzt. Diese Entwicklung stehe erst am Anfang. Bei Ressourcenknappheit müssten neue Vernetzungen mit einer professionellen Kooperation von haupt- und ehrenamtlich/freiwilliger Arbeit durch ein Management mit Führungs-, Leitungs- und Steuerungskompetenz auf der Verbandsebene gewährleistet sein. Wichtig für eine Weiterentwicklung der Freiwilligenarbeit in Berlin sei die Öffnung für Impulse aus anderen Ländern, speziell aus den USA auf dem Hintergrund der nachhaltigen Förderung von Freiwilligenagenturen und Managementressourcen im Projektbereich.

*Die Koordinatorin für Mitglieder und Freiwillige im Humanistischen Verband Berlin* hob hervor, dass Freiwilligenarbeit eines Managements bedarf. Freiwilligenarbeit müsse durch Begleitung, Ansprache, Fortbildungen und Anerkennung attraktiv gemacht werden. Wichtig für die Freiwilligenarbeit sei auch auf kommunaler Ebene öffentliche Anerkennung wie Ehrungen oder Urkunden. Die Mittelakquise „schlucke“ ca. 30% der Arbeitszeit und sei ein eigenständiger Bereich, der die Koordinationsaufgaben überfordere. Sie schlug vor einen Fond für das Ehrenamt einzurichten, aus dem Auslagenerstattung wie Fahrgelder oder Sachmittel auf Antrag erfolge. Hingewiesen wurde von ihr darauf, dass Freiwilligenarbeit attraktiv sein müsse, um an Unternehmen für Fundraising und Sponsoring heranzutreten. Für professionelles Freiwilligenmanagement seien die Rahmenbedingungen entscheidend.

*Der Vorsitzende des Dachverbandes Behinderter und chronisch Kranker* berichtete von großen Schwierigkeiten für die Verbandsarbeit Freiwillige zu finden. Die Nachfolgefrage sei oft ungelöst. Er sehe auch keine Unterstützung durch die Vorschläge der Enquete-Kommission im Bereich der Personalentwicklung. Personalentwicklung müsse als wichtiger Bestandteil im Freiwilligenmanagement verankert werden.

*Der Vertreter der LAGFA und Geschäftsführer des Nachbarschaftshauses Urbanstraße* erinnerte daran, dass andere Ressorts wie Kultur oder Sport ebenfalls von Bürgerschaftlich-Freiwilligem Engagement geprägt seien, aber nicht an einer engeren Zusammenarbeit interessiert seien. Nur der soziale Bereich sei beim Thema Bürgerschaftlich/Freiwilliges Engagement vertreten. Er sehe die Gefahr, der arbeitsrechtlichen Bewertung von Freiwilligenarbeit, forciert durch Aufnahmeverfahren wie Probezeit, Kündigungsschreiben, Aufgabenbeschreibungen etc..

Die professionelle Sozialarbeit habe ehrenamtlich angefangen, daraus hätten sich unzählige Berufszweige entwickelt auch der Bereich Freiwilligenarbeit schaffe neue Berufsbilder. Die klare Trennung von ehrenamtlicher Arbeit und Freiwilligenarbeit ist unverzichtbar. Um Freiwilligenarbeit als gesellschaftliches Gestaltungselement sehen zu können, sei es nötig, dass Politiker Macht abgeben um neue Wertigkeiten zu entwickeln. In den großen Verbänden müsse Macht abgeben werden um ebenfalls Freiwilligenarbeit in die Kernbereiche zu integrieren.

Freiwilligenarbeit könne als Wettbewerbsvorteil gewertet werden, wenn die Zusammenarbeit von Freiwilligen und Hauptamtlichen gut geregelt sei. Eine Finanzierung von neuen Projekten sei seines Erachtens nur noch als Mischfinanzierung zu realisieren. Eine große Konkurrenz seien Beschäftigungsgesellschaften, die mit bezahlten Kräften Ehrenamtliche verdrängen. Wichtig sei die Vernetzung der existierenden Strukturen und Projekte, um stärkere Lobby-Politik für das freiwillige Engagement zu erreichen.

Er betonte, dass das Thema Migranten und Freiwilligenarbeit stärker beachtet werden müsse.

*Die Vertreterin des Nachbarschaftshauses in Zehlendorf* hob hervor, dass genau zu analysieren sei, wo Freiwillig/Bürgerschaftliches Engagement durch Vorschriften und bürokratische Praxis verhindert würde. Sie appellierte daran, dass die zunehmende Finanzknappheit die Existenz von kleineren Projekten verunmögliche. Dies bedeute perspektivisch ein Ausdünnen der Vielfalt in der Projektlandschaft. Das Ausdünnen der Projekte sei nicht so schnell wieder herzustellen, sondern hinterlasse bleibende Lücken.

*Die Vorsitzende des Arbeitskreises Berliner Senioren* warnt vor der Veränderung des Charakters des klassischen Ehrenamtes. Sie sehe die Gefahr der Vermischung und Ersetzung von hauptamtlicher Arbeit durch ehrenamtliche Arbeit. Kleine Vereine und Projekte seien besonders benachteiligt, da es keine Mittel für das Management der Ehrenamtlich/Freiwilligen gebe. Entscheidend sei dabei jedoch die Qualifizierung.

### *5.3 Nicht aufgenommene Forderungen im Enquetebericht*

Die Rentenanrechnung von Ehrenamtlich/Freiwilligem Engagement, insbesondere für Frauen, die vorrangig im sozialen Ehrenamt tätig sind, wurde nicht als Empfehlung im Enquetebericht aufgenommen, würde aber weiterhin von zahlreichen Frauenorganisationen gefordert.

Nach Einschätzung einiger Teilnehmer/innen erscheine diese Forderung aber unrealistisch, da die Rentenkasse keine zusätzlichen Ansprüche verkrafte.

Eine Rentenanrechnung von Ehrenamtlich/Freiwilligem Engagement sei auch deswegen schwierig, da die Abgrenzung zwischen Ehrenamtlich/Freiwilligem Engagement und Nachbarschaftshilfe fließend sei.

#### 5.4 Statements aus der Politik und Verwaltung

*Die Patin, Frau Radziwill* gab zu bedenken, dass die Veränderung des Ehrenamtes normal sei, da sich die Gesellschaft ändere. Daher sei es notwendig, die Angebotsformen von ehrenamtlich/freiwilliger Arbeit vielfältiger zu machen.

Insbesondere für jüngere Menschen sei diese neue Struktur des Engagements ansprechend. Die Attraktivität des Angebotes ist entscheidend für die Gewinnung von neuen Freiwilligen.

*Die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen* stellte klar, dass eine Anerkennungskultur der Freiwilligenarbeit mehr als nur eine Preisverleihung sein müsse.

Frauen seien in weniger renommierten Sektoren des Ehrenamts tätig. Daher fordere sie auch Rentenpunkte für engagierte Männer, um das soziale Ehrenamt aufzuwerten.

Es müsse eine Prioritätensetzung für Mindeststandards in sozialen Belangen entwickelt werden, die dann als Kernbereiche bezahlt werden müssen, das was zusätzlich erforderlich sei, müsse ehrenamtlich/freiwillig darum gruppiert werden. Sie schlug vor, die bezirklichen Koordinationsstellen als Vernetzungsort der Freiwilligen auszubauen.

Neue Gruppen werden bei der Finanzierung benachteiligt, da die vorhandenen Haushaltsmittel bereits verteilt seien. Milderung könne nur durch eine Vernetzung ähnlicher Projekte entstehen um Synergieeffekte zu bewirken. Das Problem der Querschnittsaufgaben von Freiwilligem Engagement liege oft an mangelnden Ansprechpartnern/innen in den Ressorts. Das Problem der Langfristigkeit des Engagements ist von einer zunehmenden Flexibilität des Lebensalltags gekennzeichnet.

*Der Sprecher der FDP-Fraktion* mahnte die Konsumhaltung an, die Eigenengagement verhindere. Derzeit gebe es eine Bearbeitung des Enqueteberichts aus Sicht der FDP-Fraktion. Die Idee der Preisverleihung für einen Ehrenamtspreis durch die Senatsverwaltung werde von der FDP-Fraktion favorisiert.

*Der Vertreter der Senatsverwaltung Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz* sieht die Verwaltungsvereinfachung in Bezug auf das Zuwendungsrecht noch in weiter Ferne. Uneffektive Bürokratie werde nicht geändert, betonte er. Er gab zu bedenken, dass die ehrenamtlich/freiwillig Engagierten in weitaus größerem Maße versichert seien, als hinlänglich angenommen würde. Kleine Lücken blieben jedoch noch offen.

Dass ehrenamtlich/freiwillige Arbeit nicht hauptamtliche Arbeit ersetzen dürfe, halte er für einen hehren Anspruch. Realität sei, dass der Staat den gegenwärtigen sozialstaatlichen Standard nicht mehr halten könne. Daher gelte es, viele Bereiche im Kern, aber nicht als rein hauptamtliche Aufgaben zu erhalten.

### 5.5. Resümee:

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass im Enquetebericht keine grundlegend neuen Erkenntnisse enthalten seien. Er gebe vielmehr eine fundierte Analyse der Ist-Situation von Ehrenamtlich/Freiwilligem Engagement und einen Ausblick mit konkreten Handlungsempfehlungen für die anstehenden Aufgaben auf den verschiedenen Ebenen.

- Für den kommunalen Bereich ist das Thema Bürgerschaftlich/Freiwilliges Engagement als Querschnittsaufgabe ressortübergreifend zu entwickeln.
- Für die Förderung der Rahmenbedingungen des Bürgerschaftlich/Freiwilligen Engagements gilt es, abgeleitet von den Empfehlungen der Enquete-Kommission, die altbekannten Aufgaben wie Versicherungsschutz für Freiwillige, Fahrtkostenerstattung, Fortbildungsangebote, Vernetzung der Projektlandschaft des bürgerschaftlich/freiwilligen Sektors weiter voran zu bringen.
- Für die Änderung des Zuwendungsrechtes sprachen sich die anwesenden Verbands- und Projektvertreter/innen aus. Durch den Einbezug von Eigenmitteln könnten neue Finanzierungsmöglichkeiten entstehen, die bisher unwirtschaftlich seien.
- Wichtig sei auch eine Entbürokratisierung der Verfahrenswege bei Neuanträgen in der Projektförderung.

*Weitere Forderungen wurden in der Diskussion benannt:*

- Bürgerschaftlich/Freiwilliges Engagement soll als „Standortfaktor“ auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft thematisiert werden
- Bildungsinhalte der staatlichen Bediensteten sollen in Bezug auf Bürgerschaftliches Engagement überprüft und verbessert werden (bürgerfreundliche Verwaltung)
- Der Ehrenamtsbericht 2004 soll unter Beteiligung des „Arbeitskreises zur Förderung des Freiwilligenengagements in Berlin“ erarbeitet werden
- In allen Ressorts der Berliner Verwaltung und des Senates sollen Ansprechpartner zu Fragen der Freiwilligenarbeit benannt werden
- Gesetzentwürfe und neue Gesetze sollen in Bezug auf positive Effekte für das Ehrenamt bzw. das Freiwillige Engagement geprüft werden
- Das Thema Migration und Freiwilligenarbeit muss stärker in die Diskussion gebracht werden

### Anlage 3 a

#### Teilnehmerliste Dritter Runder Tisch

Frau Frohnert	Arbeitskreis Berliner Senioren
Frau Meier-Tacke	Caritasverband für Berlin e.V.; Landesverband
Herr Dr. Löhnert	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin
Herr Dr. Schack	Demokratischer Frauenbund
Herr Dr. Speth	Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut
Herr Hahn	Lagfa-Berlin, Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V.
Herr Spindler	Senatsverwaltung für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Hornemann	Unionhilfswerk
Frau Hübner	Verband sozio-kulturelle Arbeit
Frau Radziwill	MdA, SPD-Fraktion, sozialpolitische Sprecherin
Frau Jantzen	MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin
Herr Hoffmann	MdA, CDU-Fraktion, sozialpolitischer Sprecher
Herr Lehmann	MdA, FDP-Fraktion, sozialpolitischer Sprecher
Frau Dott	MdA, PDS-Fraktion, sozialpolitische Sprecherin
Frau Weißbecker	MdA, SPD-Fraktion
Frau Altmann	Arbeiterwohlfahrt - Landesverband Berlin e. V.
Frau Braun	Frauenbeauftragte im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg e. V.
Frau Malling	Humanistischer Verband Deutschland, Landesverband Berlin
Herr Stabenow	
Herr Dr. Schmitt	Volkssolidarität e.V. – Landesverband Berlin Vorsitzender des Dachverbandes Behinderter und chronisch Kranker
Moderation:	Frau Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Koordination:	Frau Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft



Vierter Runder Tisch  
zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

## **Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen**

Patenschaft: Minka Dott, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, PDS-Fraktion

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 11. Dezember 2002, 16:00 bis 18:30 Uhr

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Projektkoordination: Barbara Weigl

Teilnehmer/innen: siehe Anlage 4 a



Am 11. Dezember 2002 fand der vierte Runde Tisch zum Thema:  
„Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen“ statt.  
Dank der freundlichen Einladung von Frau Minka Dott, sozialpolitischer  
Sprecherin der PDS-Fraktion, die als Patin dieses Runden Tisches zur  
Verfügung stand, konnte die Diskussionsrunde im Berliner  
Abgeordnetenhaus stattfinden.

Die anwesenden Experten/innen kamen aus den Reihen der  
Wohlfahrtsverbände, des Verbandes für sozio-kulturelle Arbeit, der  
Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA), der  
Akademie für Ehrenamtlichkeit und anderer berlinweiter Organisation und  
Vereine aus dem Freiwilligenbereich. Bedauerlicherweise haben alle einge-  
ladenen Bezirksbürgermeister und Sozialstadt-räte die Teilnahme an der  
Veranstaltung abgesagt. Frau Schaaf-Derichs, moderierte die Diskussion.

Frau Minka Dott gab ein kurzes Einführungsstatement mit einem Überblick  
über die vielfältigen Anerkennungsformen, die in anderen Bundesländern  
z.T. auch in Berlin bereits durchgeführt werden.

Sie differenzierte in materielle und ideelle Anerkennungsformen und gab  
dazu einige Beispiele.

Schwerpunkt sei es, das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und eine  
bürgernahe Verwaltung zu etablieren. In ihrer Fraktion wird auch über ein  
Ehrenamtsgesetz für Berlin nachgedacht.

### *6.1 Vorstellung neuer Anerkennungsformen in anderen Bundesländern*

Zu Beginn der Diskussion stellte Frau Weigl Anerkennungsformen vor, die auf Landes- bzw. kommunaler Ebene in anderen Bundesländern durchgeführt werden. (s. Anlage 4 b)

## **6.2 Die Diskussion**

### *6.2.1 Anerkennungskultur*

In der Diskussion wurde zunächst der Begriff der „Anerkennungskultur“ kritisch hinterfragt. Die Formen der Anerkennung sollten nicht mit bestimmten Anforderungskriterien an das Engagement verbunden sein.

Kritisiert wurde, dass ein breiterer Ansatz in der Diskussion über Anerkennungskultur notwendig sei, der nicht nur auf die Einführung eines Ehrenamtspasses reduziert werden dürfe.

Einige Teilnehmer/innen betonten, dass die Anerkennung des sozialen Ehrenamts auch durch klassische Formen gezeigt werden müsse, dies sei für die Motivation der Freiwilligen besonders wichtig.

Folgende Vorschläge wurden für die Entwicklung einer Anerkennungskultur formuliert:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Freiwillige Engagement, da dies Anerkennung verdeutlicht und Motivation fördern hilft
- Partizipation bei Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen sind ebenfalls Teil einer Anerkennungskultur, die alle Bereiche der Freiwilligenarbeit beinhalten sollte
- Ein Teilnehmer plädierte dafür, dass die Freiwilligen den Hauptamtlichen gleichgestellt sein sollten und der Hauptamtliche sich als „Ressource“ für die Freiwilligen verstehe
- Es wurde eine Befragung über die Anerkennungswünsche der Freiwilligen vorgeschlagen
- Die jährliche Ehrung von verdienten Freiwilligen sollte beibehalten, aber konzeptionell überarbeitet werden und vermehrt jüngere Freiwillige geehrt werden. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass eine individualisierte Form der Anerkennung immer Personen ausschließen, da eine Auswahl notwendig sei.

### *6.2.2 Ehrenamts-Card*

Des weiteren sprachen sich, trotz kontroverser Diskussion, die Mehrzahl der Teilnehmer/innen für die Einführung einer sog. „Ehrenamts-Card“ bzw. eines „Freiwilligenausweises aus, die/der als Nachweis und Anerkennung für das soziale Ehrenamt vom Senat bereitgestellt werden solle. Cards bzw. Nachweise sollen einen Kommunikationsprozeß innerhalb der Freiwilligenprojekte bzw. –organisationen anstoßen, der freiwillig/ehrenamtliche Arbeit auch nach außen darstelle und anerkenne. Für die Einführung einer Card seien bisher keine finanziellen Mittel von Senatsseite

### *6.2.3 Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe*

Es wurde festgestellt, dass Bürokratie und Verwaltungsvorschriften Freiwillig/ Bürgerschaftliches Engagement oft hemme und behindere. Freiwilligenarbeit müsse als Querschnittsaufgabe in den meisten Verwaltungsressorts und in den Bezirken und auf Senatsebene verankert werden. Daraus könnten Synergieeffekte bei der Finanzierung des Freiwilligenmanagements entstehen.

Als Prämisse der Verwaltungsreform müsse Politik und Verwaltung vom Bürger aus gedacht werden.

### *6.2.4 Medienpräsenz von Freiwilliges Engagement*

Es wurde eine öffentliche Anerkennung und Sichtbarkeit durch die Medien angeregt. Mit der Schaffung einer regelmäßigen Sendung über Freiwilliges Engagement in regionalen Hörfunk- und Fernsehsendern könne dies bewirkt werden. Durch eine öffentliche Sichtbarkeit entstünde nachhaltige Wertschätzung von Freiwillig/Bürgerschaftlichem Engagement.

Die Wahl eines neuen Rundfunkrates nach der Fusion von ORB und SBF (Berlin-Brandenburger Rundfunkrat) erschließe die Möglichkeit größeren Einflusses auf die Medienpräsenz von freiwillig/ehrenamtlicher Arbeit. Um das Interesse der Medien zu wecken, müssten Aktionen geplant werden, die so interessant und medienwirksam seien, dass die Medien nicht umhin kämen darüber zu berichten.

### *6.2.5 Sensibilisierung für Bürgerschaftliches Engagement*

Als Rahmenkonzept für die Stärkung der Anerkennung von Freiwillig/Bürger-schaftlichem Engagement wurde zu bedenken gegeben, dass eine größere Solidarität und gegenseitige Akzeptanz in der Stadt Berlin als Anerkennung für die Freiwilligen untereinander wichtig sei. Kommunikation, Wissen und Sensibilisierung für die Arbeit der aktiven Bürger/innen sei dringend notwendig.

### *6.2.6 Bestandsaufnahme*

Zunächst solle es eine Bestandsaufnahme über die bereits bestehenden lokalen und regionalen Netzwerkstrukturen geben. Eine deutlich engere Vernetzung auf bezirklicher Ebene zwischen den verschiedenen Akteuren sei zu erstellen.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Anerkennungskultur z.B. mit freien Trägern, den Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaftsvertretern, dem kulturellen Bereich, den Schulen und der Kommunalpolitik sei für die Weiterentwicklung des Freiwillig/Ehrenamtlichen Engagements in Berlin wichtig.

### 6.2.7 „Bürger/innen-Kongress“

Politiker und einflußreiche Multiplikatoren sollen als Türöffner für weiterreichende Forderungen gewonnen werden um die Interessen des Bürgerschaftlich/Freiwilligen Engagements besser vertreten zu können. Als Vision wurde die Idee eines „Bürger/innen-Kongresses“ für Berlin in den Raum gestellt.

### 6.2.8 Stadtteilvertrag

Ein Verbandsvertreter betonte, dass den Verbänden bei der Gestaltung der Freiwilligenarbeit in Berlin als Impulsgeber, Moderator und Unterstützer eine neue Rolle zukäme. Von Vorteil sei dafür der soeben konzipierte Stadtteilvertrag, der Nachbarschaftshäuser als Zentren für bürgerschaftliches Engagement anerkenne, hinzukomme der Einbezug des Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Schnittstelle für die Weiterentwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement.

## 6.3. Zielsetzungen und Handlungsempfehlungen für das Jahr 2003

- Das Thema Freiwilligenarbeit und Medien solle im kommenden Jahr wieder aufgegriffen werden und die zuständigen Politiker/innen, die im neu gewählten Rundfunkrat sitzen, angesprochen werden. Frau Dott informiert über die gewählten Vertreter/innen aller Parteien.
- Die öffentliche Wahrnehmung der „Runden Tische“ als Instrument der Politikberatung mit der Möglichkeit Empfehlungen auszusprechen, solle gestärkt werden. Zur bevorstehenden großen Anfrage im Innenausschuss soll geprüft werden, ob ein Rederecht für den Runden Tisch beantragt werden könne.
- Von der Mehrzahl der Teilnehmer/innen wurde eine offizielle Form der Anerkennung (Ehrenamtspass bzw. -Card) für Freiwilliges Soziales Engagement als sinnvoll erachtet. Dafür sollen konkrete Kriterien entwickelt werden.
- Kriterien für die Vergabe von Ehrungen für Freiwillige sollen mit der Staatssekretärin Frau Dr. Leuschner diskutiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden, um auch jüngere Freiwillige zu berücksichtigen.
- Für die Ehrenamts-Card-Idee könnten als Gratifikation Premierenkarten der städtischen Opern- und Konzerthäusern bereitgestellt werden. Die öffentlichen Bühnen könnten dafür Vorreiter spielen.
- Es soll im nächsten Jahr 2003 einen Runden Tisch zum Thema „Medien“ geben, dazu soll der Chef der Senatskanzlei eingeladen werden, der für diese Fragen zuständig ist.
- Ein weiterer Runder Tisch zum Thema „Anerkennungskultur in der Verzahnung mit Wirtschaft und Freiwilligenarbeit“ wurde ebenfalls für 2003 vorgeschlagen.

## Anlage 6

### Teilnehmerliste Vierter Runder Tisch

Frau Altmann	Arbeiterwohlfahrt - Landesverband Berlin e. V.
Herr Berndt	Sozialverband VdK Berlin Brandenburg
Frau Dr. Brangsch	Wissenschaftliche Mitarbeiterin PDS-Fraktion
Frau Dott, Mda	PDS-Fraktion, sozialpolitische Sprecherin
Frau Fechner	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Herr Hahn	Lagfa-Berlin, Nachbarschaftshaus Urbanstraße
Herr Kegel	Akademie für Ehrenamtlichkeit
Herr Dr. Löhnert	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin
Frau Meier-Tacke	Caritasverband für Berlin e.V.; Landesverband
Frau Scheid	Senatsverwaltung für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Dr. Scherer	Verband sozio-kulturelle Arbeit
Herr Skibinska	Seniorenvertretung Treptow-Köpenick
Moderation:	Frau Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Koordination:	Frau Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

## *Anlage 7*

### *Anerkennungskultur in anderen Bundesländern und Kommunen*

#### **Hessische Landesmodellprojekt "E-Card" (Ehrenamts-Card)**

Vergünstigungen öffentlicher und privater Anbieter für freiwillige Tätigkeit

Auftraggeber: Hessische Staatskanzlei

Zielgruppe:

Aktive in der Freiwilligearbeit jedoch keine Ehrenämterinhaber, wie Vorstände oder Mandatsträger

Entwicklung:

Ältere Freiwillige forderten ein Pendant zur JuleiCa, die dann SenECa heißen sollte). Dies wurde jedoch verworfen, da starre Altersgrenzen die öffentliche Akzeptanz der Card mindern könnten.

Pilotphase:

In der ab Januar 2003 anlaufenden Pilotphase ist keine Altersgrenze vorgesehen. Das erste Jahr wird wissenschaftlich evaluiert.

Vergabe:

Die Vergabe der E-Card läuft zentral über die Kreis- bzw. Stadtverwaltungen. Verbände, Vereine und Initiativen wurden aufgerufen Anträge für ihre Freiwilligen zu stellen, die die Vergabekriterien erfüllen. Die Kriterien werden nicht mehr von der Verwaltung überprüft. Das Format ist eine Plastikcard, die in Verbindung mit dem Personalausweis gilt.

Gratifikationen:

Über 50 Angebote, fünf auf Landesebene und je 25 auf der jeweiligen Kreisebene werden bereitgestellt.

Vergabekriterien:

Engagementzeitraum mindestens drei Jahre und pro Woche ca. fünf Stunden freiwillig engagiert.

#### **Landesnachweis Nordrhein Westfalen**

"Engagiert im sozialen Ehrenamt" seit 2000

Koordiniert vom Landesministerium Familie– Frauen – Jugend- Gesundheit und dem Sozial- und Arbeitsministerium NRW.

Die Initiative wird von der Landesvereinigung der AG-Verbände NRW, der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer, sowie dem Westdeutschen Handwerkskammervorband unterstützt.

Ein Zertifikat soll geleistetes Engagement in Art und Umfang anerkennen, sowie die dabei erworbenen Qualifikationen durch Fort- und Weiterbildung dokumentieren.

## *Anerkennungskultur am Beispiel der Stadt Nürtingen*

Oberster Grundsatz der Anerkennungskultur ist:  
den/die Bürger/in mit all seinen/ihren Fähigkeiten und Talenten in den Mittelpunkt zu stellen und seine/ihre Wünsche und Ideen ernst zu nehmen.

### *Klassische Formen der Anerkennung*

- Ehrungen für besondere Verdienste
- Verleihung des goldenen "Bingos" (Benannt nach der Zeitung für Bürgerschaftliches Engagement)
- Verleihung einer Bürgermedaille

### *Aktive Formen der Anerkennung*

- Freiwilligenpass – Gutscheineheft von kommerziellen Anbietern wie Restaurants, Theater, Kino, Fahrten, aber auch von Projekten und Initiativen wie Besichtigungen, Rundgängen, kulturellen Angeboten, Fortbildungen  
Abgabe an Freiwillige, die mindestens ein Jahr und mindestens 15 Stunden im Monat aktiv waren

### *Tu-was-Tagebuch für Jugendliche*

- Ein jugendgerecht aufgemachtes Tagebuch, in das die Jugendlichen jegliche Art geleisteter Aktivitäten eintragen können (Sport, Umwelt, Betreuung...). Dieses Tagebuch dient als Grundlage für ein Zertifikat, das über die soziale Kompetenz und die Erfahrungen der Jugendlichen in der Freiwilligenarbeit Auskunft gibt. Dieses Zertifikat wurde in Absprache mit dem Schulamt am Schuljahresende vergeben und kann für Bewerbungen genutzt werden. Mittlerweile ist es von den lokalen Arbeitgebern anerkannt und geschätzt.

### *Fortbildungen als Dankeschön*

- Als Dankeschön wird auch das regelmäßige Angebot an Fort- und Weiterbildungen in Grundzügen der Moderation, Mediation, Gesprächsführung, Öffentlichkeitsarbeit oder Projektmanagement bewertet.

### *Informationshinweise:*

Mehr zu den Themen ‚business in the community‘, ‚seeing is believing‘, ‚First Corporate Responsibility Index‘ kann unter:

[www.bitc.org.uk/index.html](http://www.bitc.org.uk/index.html)

nachgelesen werden.

Literatur zum Thema bürgerschaftliches Engagement

findet sich u. a. unter

[www.stiftung.koerber.de/oeffentlichkeit/edition/index.html](http://www.stiftung.koerber.de/oeffentlichkeit/edition/index.html)

## **Ergebnisse und Statements in Auswertung der Runden Tische zur Förderung des freiwilligen Engagements in Berlin im Jahr 2002**

Zusammengestellt von C. Schaaf-Derichs, B. Weigl, O. Grudzinski  
Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin, 14.01.2003

### **Erster Runder Tisch: 28.08.2002**

*Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im freiwilligen Engagement anbieten*

Pate: Rainer-Michael Lehmann, MdA/FDP

Das Angebot einer Zertifizierung für das Engagement von Jugendlichen ist eine wichtige Anerkennungsform und dient der sozialen Kompetenzentwicklung von Jugendlichen.

Eine leicht handhabbare Zertifizierungsform sollte - Generationen übergreifend - entwickelt werden.

Besonders zur Unterstützung von Freiwilligenprojekten an Schulen bedarf es verstärkt der Beratung und Qualifizierung im Sinne eines Freiwilligen-Managements zur optimalen Zusammenarbeit aller Beteiligten.

### **Zweiter Runder Tisch: 02.10.2002**

*Die Verbindung zwischen Wirtschaft und freiwilligem Engagement stärken*

Pate: Gregor Hoffmann, MdA/CDU

Das Novum eines Runden Tisches in dieser Zusammensetzung wurde sehr begrüßt und als ausbaufähig sowie fortführens-wert gewürdigt. Zentral sollte dabei der Austausch und das Kennen lernen über konkrete Praxisprojekte aus dem Sektor Corporate Volunteering sein.

Gerade in Zeiten der Rezession könnten Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Sozialem neue Handlungsfelder eröffnen. Eigennützige Ziele dabei zu verfolgen, ist für beide Partner durchaus legitim.

Die Einbeziehung gewichtiger Interessenvertreter (IHK, Arbeitgeberverbände) sowie der Berliner Wirtschaftsverwaltung ist für die Verfolgung dieser Ziele unabdingbar. Hier bitten die Runden Tische dringend um Unterstützung auf Leitungsebene der Fachverwaltungen bzw. um die Unterstützung der MdA-Pat/innen der Runden Tische.

*Die ausführliche Fassung gibt es als  
Printversion oder pdf-Datei im  
Treffpunkt anzufragen:  
Tel: 20 45 06 36, Fax: 20 45 05 69,  
Mail: freiwilligenagentur@snafu.de  
sowie auf unserer Homepage:  
www.freiwilligenagentur-berlin.de*



### **Dritter Runder Tisch: 13.11.2002**

#### *Bewertung der Ergebnisse der Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements auf Landesebene Berlin*

Patin: Ülker Radziwill, MdA/SPD

Für Gebietskörperschaften wie das Land Berlin muss das Thema bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement als Querschnittsaufgabe ressortübergreifend in die Verwaltungs- und Politikstrukturen eingebunden werden. Hier sind Abgeordnetenhaus und Senatsverwaltung gleichermaßen gefordert, das von der Enquete-Kommission geforderte Ziel des „ermunternen Staates“ in Berliner Praxis umzusetzen.

Unumgängliche Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sind:

- Versicherungsschutz
- Aufwandsentschädigung
- Fortbildungsangebote
- träger- und projektübergreifende Kommunikation und Vernetzung

Bürgerschaftliches Engagement muss als „Standortfaktor“ einer urbanen Lebensqualität verstanden und gefördert werden. Sog. „trisektorale Projekte“, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft über bürgerschaftliches Handeln in Verbindung bringen, müssen in Zukunft noch mehr unterstützt und angeregt werden (Bsp.: „Berliner-Freiwilligen-Tag“ 2001, 2002, 2003 ff)

Der Berliner Ehrenamtsbericht ist vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen besonders bedeutsam und sollte unter Beteiligung des Arbeitskreises freiwilliges Engagement in Berlin (AK FEB) und in personell stabiler Anbindung an die Sozialverwaltung weitergeschrieben werden.

Die Berliner Freiwilligenorganisationen sollten sich verstärkt mit dem Interesse von Migranten an freiwilliger Arbeit und damit gesellschaftlicher Beteiligung auseinandersetzen, sowie entsprechende Angebote entwickeln.

### **Vierter Runder Tisch: 11.12.2002**

#### *Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen*

Patin: Minka Dott, MdA/PDS

Die öffentliche Anerkennung für freiwilliges Engagement sollte durch eine regelmäßige Medien-Kooperation vermittelt über den neu gebildeten Rundfunkrat Berlin-Brandenburg angestoßen werden.

Der „Runde Tisch“ soll Rederecht in einer Sitzung des Innenausschusses unter Beteiligung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz erhalten (März 2003).

Die Auswahlkriterien für die Ehrung verdienter Ehrenamtlicher im Lande Berlin, die jeweils an den UNO-Jahrestagen der Freiwilligen statt finden (05.12.), soll für junge Menschen erweitert werden.

Der Antrag an das Abgeordnetenhaus von Bü90/Die Grünen für einen „FreiwilligenPass“ wurde mehrheitlich begrüßt und konkretisiert.